

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau vom 18. Juni 2008 zum Personalcontrollingbericht – Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2006, Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 27. Mai 2008 (Drs. 17/415)

I. Bericht

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 5. Juni 2008 den Personalcontrollingbericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2006 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau überwiesen.

Der Ausschuss hat den Bericht in seiner Sitzung am 18. Juni 2008 beraten. Die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau hat dazu in der Sitzung eine mündliche Stellungnahme abgegeben. Ihr schriftlicher Bericht war bereits der Drucksache 17/415 vom 27. Mai 2008 beigelegt. Wie bereits in seinem vorangegangenen Bericht aus dem Jahr 2006 (Drs. 16/956) gefordert, sollte nach Ansicht des Ausschusses die Stellungnahme der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau fester Bestandteil des Personalcontrollingberichts werden.

Der vorliegende Bericht, mit dem die Senatorin für Finanzen nun zum fünften Mal eine Übersicht über die Situation der beschäftigten Frauen im öffentlichen Dienst vorgelegt hat, umfasst die Jahre 2005 und 2006. Er gliedert sich in zwei Bände. Im ersten Band werden die Ergebnisse bezogen auf den gesamten Geltungsbereich des LGG sowie für die einzelnen Bereiche dargestellt. Im zweiten Band werden detaillierte Kennzahlen für die Dienststellen in der Übersicht aufgezeigt.

Der Frauenanteil im Bereich des LGG hat sich gegenüber 2004 um 1,1 %-Punkte gesteigert, sodass er im Jahr 2006 53,0 % betrug. Weiterhin ist eine Konzentration von weiblichen bzw. männlichen Beschäftigten auf bestimmte Personalgruppen zu verzeichnen. Stark unterrepräsentiert sind Frauen nach wie vor bei den Vollzugsdiensten, dem technischen Personal sowie dem Forschungspersonal. Andererseits ist der Frauenanteil beim Lehrpersonal um 3 %-Punkte, bei der Polizei um 2,7 %-Punkte und beim Gesundheitspersonal einschließlich der Ärzte und Ärztinnen um 5 %-Punkte gestiegen. Eine Zunahme des Frauenanteils ist auch in der bisher durch männliche Beamte dominierten Kernverwaltung zu verzeichnen. 1998 gab es noch 10 187 männliche Beamte, 2006 nur noch 9083. Dies stellt eine Abnahme von 11 % dar. Die Anzahl der Frauen stieg hingegen von 5336 Beamtinnen (1998) um 26 % auf 6710 (2006). Auch im Berichtszeitraum setzt sich diese Tendenz fort. So gab es 2006 6 % Beamtinnen mehr und 4 % männliche Beamte weniger als 2004. Nach wie vor sind Frauen aber stark in den sogenannten frauentypischen Berufen vertreten und in den männertypischen Berufen unterrepräsentiert. Der Anteil der unter 35-jährigen Frauen zeigt zwar teilweise eine positive Entwicklung an. Trotzdem besteht in diesen Bereichen in Sachen Frauenförderung weiterhin ein erheblicher Nachholbedarf.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten nimmt generell mit steigender Laufbahngruppe ab. Gleichwohl ist der Frauenanteil im Vergleich 2006 zu 1998 im einfachen Dienst um 6 %-Punkte gesunken, im mittleren Dienst um 12 %-Punkte gestiegen, im gehobenen Dienst um 2 %-Punkte gesunken und im höheren Dienst um 10 %-Punkte gestiegen. Tendenziell nimmt der Frauenanteil mit zunehmender Entlohnungsstufe ab. In den einzelnen Geltungsbereichen sind

teilweise deutliche Unterschiede der Besetzung in den Laufbahngruppen zu beobachten (ausgeprägte Unterschiede bei den Sonderhaushalten, in Bremerhaven sowie im sonstigen Geltungsbereich; deutlich geringere Unterschiede im Kernbereich). In Hinblick auf die Ungleichheit der Entgelte müssen geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung ergriffen werden.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist um einen Prozentpunkt von 36 % im Jahr 2004 auf 37 % im Jahr 2006 gestiegen. Der Frauenanteil unter den Teilzeitbeschäftigten stieg in diesem Zeitraum von 79 % auf 81 %.

2006 wurde 32 % der Leitungsfunktionen von Frauen ausgeübt. Von den 2360 Führungspositionen des öffentlichen Dienstes sind 745 mit Frauen besetzt. In Leitungsfunktionen sind 4 % der Frauen und 10 % der Männer tätig. Insgesamt sind Frauen nach wie vor in diesem Bereich deutlich geringer vertreten als Männer. Der Ausschuss schließt sich der Empfehlung der ZGF an, eine differenzierte Bewertung des Frauenanteils vorzunehmen und die Zuordnung der verschiedenen Leistungsfunktionen zu überprüfen. Zudem bedarf es weiterhin erheblicher Anstrengungen, um den Frauenanteil in der Leitungsebene zu erhöhen.

Im Geltungsbereich des LGG betrug der Frauenanteil bei den Auszubildenden 2006 54 %. Eine verstärkte Gewinnung von Mädchen für die gewerblich-technischen Ausbildungsberufe ist jedoch nicht gelungen. Hier blieb der Frauenanteil mit 30 % seit 1998 konstant. Die Maßnahmen zur Gewinnung junger Frauen für diese Berufe müssen daher weiter intensiviert werden.

II. Antrag

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Äußerungen des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau bei.

Ursula Arnold-Cramer
(Vorsitzende)